

Vergangene Saison setzte man auf Kapazitätsbeschränkungen. Die wird es heuer nicht geben.

DIETMAR STIPLOVSEK, RAINER/
VORARLBERG TOURISMUS



kungen in den Skigebieten, um Ansteckungen und steigende Coronazahlen zu verhindern. Diese Strategie ging nicht auf. Schlimmer noch: Es kam zu Menschenansammlungen, weil die Lifte weniger Personen auf den Berg befördern durften. Das soll heuer nicht mehr passieren.

Kapazitätsbeschränkungen wird es keine geben, dafür aber mindestens 3G. Österreich wird sich mit diesem Modell an Bayern und Südtirol anpassen, heißt es. „Im Hinblick auf unsere Nachbarn können wir keine lockeren Regelungen veranlassen“, sagt Tourismuslandesrat Christian Gantner (ÖVP). Eine mögliche Einführung einer 2G-Regel bei Saison- und Mehrtageskarten sieht er wenig problematisch. Auch er verweist auf den so praktischeren Kontrollmechanismus.

Außerdem: „Ein PCR-Test gilt 72 Stunden, wenn ich es geschickt anstelle, geht sich eine Drei-Tages-Karte aus“, meint er im Hinblick auf nicht geimpfte Wintersporttouristen.

Dennoch sei der Gedanke

nicht zu Ende gedacht. „Es gibt ungeimpfte Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, die im Skiverein oder Kader sind und gegebenenfalls keine Saisonkarte kaufen können. Das Problem haben wir auf Bundesebene eingebracht“, sagt Gantner.

Grundsätzlich setzt das Land auf Sicherheit und sieht darin einen Grund mehr für Touristen, herzukommen. Abschrecken könnten die Regelungen dennoch gewisse Reisewillige. Schon im Sommer war etwa der Schweizer Gast am kritischsten

bezüglich der 3G-Regel.

„Wir haben die gleichen Regeln wie der deutsche Gast, der in Summe mehr ist. Das hebt sich also zumindest auf.“

Es besteht daher keine Angst, Gäste zu verschrecken“, meint Gantner.

Vorverkauf. Der Vorverkauf für die Wintersaisontickets hat wie anfangs erwähnt gestartet. Beim Erwerb wird allerdings darauf hingewiesen, dass die Nutzung der Saison- oder auch Jahreskarte an die Einhaltung der jeweils gültigen Vorgaben geknüpft ist.



GASTKOMMENTAR

Die große Chance im Ried

Die Sperre der Senderbrücke beizubehalten könnte eine Chance für zukunftsfähige Mobilität sein.

Das Naturschutzgebiet des Rieds kommt derzeit weniger in Zusammenhang mit Naturschätzen, sondern vielmehr mit Verkehr in die Medien. Die Diskussionen um die S 18, die Sperre der Senderbrücke und der Ruf nach weiteren Radwegen zeigen, wie begehrt die Verbindungen durchs Naturschutzgebiet sind.



„Es wäre mutige und weitsichtige Politik, den Status quo bei der Senderstraße zu erhalten.“

Anfang September musste die denkmalgeschützte Senderbrücke gesperrt werden, da sie zu stark durch Autos und Lkw geschädigt wird. Nun, einen Monat und eine Behelfsbrückendiskussion später, entschied sich das Land für eine neuerliche Sanierung der Brücke.

Gar nicht zur Diskussion stand die einfachste und kostengünstigste Lösung, die zudem Radfahrenden und dem Naturschutzstatus des Rieds am ehesten entspräche: den Status quo einfach beizubehalten. Denn der letzte Monat hat klar gezeigt, dass die Brückensperre keineswegs zu Verkehrschaos ringsum führt, der Autoverkehr folglich induziert ist – also nur durch das „Angebot“ der Straße entsteht. Überdies zeigt sich, dass die autofreie Senderstraße

viel und gerne von Radfahrenden genutzt wird.

Normalerweise ist Radfahren im Ried auf den großen Straßen nur unter Lebensgefahr möglich. Abseits davon ist Radeln im Ried ein spannendes Labyrinth, aus dem man selten sauber herauskommt. Bietet man Autofahrenden gute, direkte Verbindungen, werden diese genutzt. Genauso werden sichere, direkte Radwege genutzt, wenn sie denn einmal angeboten werden.

Es tut sich nun die Chance auf, der notwendigen Verkehrsverlagerung – zu der sich die Verantwortlichen beim Land zumindest verbal und in Konzepten bekennen – einen Schub zu geben. Es wäre mutige und weitsichtige Politik, den Status quo bei der Senderstraße zu erhalten. Noch mutiger wäre es, auch die Verbindung Dornbirn-Höchst für Radfahrende durch eine Sperre attraktiver zu machen (und die Busverbindung auszubauen). Völlig mutlos ist für mich als Radfahlerin eine Politik, die ohne Not die Möglichkeit, kostenlos eine begehrte Radschnellverbindung zu ermöglichen, auslässt und damit einen wesentlichen Schritt in Richtung zukunftsfähige Mobilität entgegen allen Bekenntnissen nicht geht.

Veronika Rüdissler ist Politikwissenschaftlerin und Vorstandsmitglied der Radlobby Vorarlberg.

neue-redaktion@neue.at